

10.07.2017

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD

Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt muss weiterhin Ziel der Landesregierung sein! - Menschen mit Migrationshintergrund dürfen nicht getäuscht werden

Nach einem aktuellen Presseartikel im Kölner Stadtanzeiger vom 06. Juli 2017 (<http://www.ksta.de/nrw/chancengleichheit-nrw-cdu-will--murks--verfahren-nicht-mehr-anwenden-27927904>) will die schwarz-gelbe Landesregierung als eine ihrer ersten Amtshandlungen das anonymisierte Bewerbungsverfahren einstellen. Laut Staatssekretärin Serap Güler sei das Modell „Murks“ und habe sich nicht bewährt. Eine fundierte Begründung für diese Entscheidung, die anscheinend nur auf „ein paar Stimmen“ beruht, liegt nicht vor.

Das anonymisierte Bewerbungsverfahren wurde im Rahmen der Initiative „Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes“ der SPD-geführten Landesregierung, nach sorgfältig durchgeführter und erfolgreicher Pilotprojektphase, mit dem Ziel, mehr Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen, eingeführt. Das Instrument der anonymisierten Bewerbung soll im Rahmen von Einstellungsverfahren zu größerer Chancengerechtigkeit für Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt und damit auf mittlere Sicht zu einer Erhöhung des Anteils dieses Personenkreises im öffentlichen Dienst führen. Das Verfahren gehört international längst zum anerkannten Standard und wird auch in Deutschland immer mehr von Unternehmen und Verwaltungen eingesetzt. Jüngst hat Siemens sich für den Weg für anonymisierte Bewerbungsverfahren entschieden.

Dass NRW diese Vorreiterrolle nun ohne eine nachvollziehbare Begründung vor allem jedoch ohne jegliche konzeptionelle Alternative aufgeben will, ist ein Rückschritt auf dem Weg zur Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Die Entscheidung konterkariert zudem das Versprechen der schwarz-gelben Regierung, mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst einstellen zu wollen.

Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ist eine empirisch belegte Tatsache. Dass gerade die Staatssekretärin Serap Güler das anonymisierte Bewerbungsverfahren abschaffen will und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt befördert, lässt für die zukünftige Integrationspolitik in

Datum des Originals: 10.07.2017/Ausgegeben: 10.07.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

NRW nichts Gutes erahnen. Eine „ehrliche“ Integrationspolitik, wie Güler und auch Ministerpräsident Armin Laschet immer wieder vor den Wahlen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund betont haben, sieht anders aus. Der Landtag muss diskutieren, warum die anonymisierten Bewerbungsverfahren eingestellt werden sollen und was die angeblich besseren Instrumente für Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt sind. Es ist daher notwendig, dass sich der Landtag mit dieser Thematik in einer Aktuellen Stunde befasst.

Norbert Römer
Marc Herter
Nadja Lüders

und Fraktion